

Antrag

der Abgeordneten Paul Schäfer, Inge Höger, Monika Knoche, Hüseyin Aydin, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Heike Hänsel, Dr. Hakki Keskin, Michael Leutert, Dr. Gesine Lötzsch, Dr. Norman Paech, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

Adäquate Behandlungs- und Betreuungskapazitäten für an posttraumatischen Belastungsstörungen erkrankte Angehörige der Bundeswehr

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die Bundesrepublik Deutschland und ihre Verbündeten in der NATO und der EU betrachten seit dem Ende des Kalten Krieges, den Krieg bzw. die Anwendung militärischer Gewalt wieder als legitimes Mittel der Politik. Als Konsequenz dieser auch im Weißbuch von 2006 formulierten Zäsur in der deutschen Sicherheitspolitik werden deutsche Soldatinnen und Soldaten immer häufiger im Ausland eingesetzt und unter immer gefährlicheren Bedingungen.
2. Die neue Qualität der militärischen Aufträge spiegelt sich wider im verstärkten Auftreten von psychischen Verletzungen von Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten nach Auslandseinsätzen seit Mitte der 90er Jahre, vor allem in Form Posttraumatischer Belastungsstörungen (PTBS). Obwohl das Verteidigungsministerium bereits bei den Auslandseinsätzen auf dem Balkan mit diesen Folgeschäden konfrontiert wurde, unterblieb die Entwicklung eines umfassenden Betreuungs- und Rehabilitationskonzepts für einsatzbedingte psychische Erkrankungen. Die seelischen Verletzungen und psychologische Erkrankungen bei Soldaten und Soldatinnen als Folge ihres Auslandseinsatzes wurden nicht in ausreichendem Maße ernst genommen, sondern nur insoweit sie die Erfüllung des militärischen Auftrags gefährden.
3. Solange die Bundesregierung an der gegenwärtigen sicherheitspolitischen Strategie festhält und sich an militärischen Interventionen beteiligt, wird es trotz aller Präventionsmaßnahmen weiter zu PTBS bei Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr kommen. So hat sich die Zahl derer, die an PTBS leiden, im Zeitraum 2004/2005 gegenüber den Vorjahren nahezu verdreifacht. Aktuelle Zahlen für den Zeitraum 2006 bis 2007 liegen noch nicht vor. Die Zahl der statistisch erfassten PTBS-Erkrankten liegt bei etwa ein Prozent der auslandsverwendeten Soldaten und Soldatinnen. Vergleichbare Zahlen in Armeen anderer Staaten, die in denselben Auslandseinsätzen operieren, sind signifikant höher. Dies ist ein Hinweis dafür, dass die Dunkelziffer der an PTBS Erkrankten wesentlich über den offiziellen Zahlen liegen dürfte. Oftmals geben sich Soldatinnen und Soldaten, die unter PTBS leiden, nicht zu erkennen, da sie fürchten, von ihrem Berufsumfeld nicht mehr als „echte“ Männer bzw. Frauen wahrgenommen zu werden. Auch fürchten sie, dass sich dies nachteilig auf die berufliche Laufbahn auswirken könnte. Häufig dürfte den Erkrankten das

Krankheitsbild und die Symptome auch gar nicht bekannt sein, da die PTBS in der öffentlichen Wahrnehmung noch unzureichend ist.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den realen Bedarf an Betreuungs- und Behandlungskapazitäten zu ermitteln und bereitzustellen;
2. eine kostenlose Hotline zur anonymen Beratung und Betreuung von Betroffenen und Familienangehörigen (vergleichbar den niederländischen Streitkräften) einzurichten. Im Bedarfsfall muss eine direkte Weitervermittlung zur Betreuung bzw. Behandlung gewährleistet werden;
3. ausreichend Bundeswehrsoldaten und -soldatinnen als so genannte Peers' auszubilden und diese in jeder im Auslandseinsatz befindlichen Einheit einzusetzen, damit diese als Ansprechpartner zeitnah zur Verfügung stehen.
4. alle Bundeswehrmediziner und -medizinerinnen in der „Psycho-Traumatologie“ auszubilden, damit diese auch PTBS-Symptome frühzeitig erkennen und behandeln können;
5. alle Soldaten und Soldatinnen vor dem Auslandseinsatz im Rahmen der einsatzvorbereitenden Ausbildung auch über Stressbewältigungsmethoden durch einen Psychologen zu unterrichten;
6. sicherzustellen, dass auch ausscheidende bzw. ausgeschiedene Freiwillig Wehrdienstleistende, Soldaten auf Zeit und Berufssoldaten in die Rückkehrbegutachtung einbezogen werden;
7. sicherzustellen, dass Nachbereitungsseminare innerhalb der ersten 4 Wochen nach der Einsatzrückkehr durchgeführt werden;
8. in allen Bundeswehrkrankenhäusern ein Psychotraumazentrum zur stationären Behandlung mit ausreichender Bettenzahl einzurichten;
9. die psychiatrischen Abteilungen der Bundeswehrkrankenhäuser auch für gesetzlich Krankenversicherte zu öffnen.

Berlin, den 4. März 2008

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion